

„One size fits all?“

Deutsches Betriebsrentensystem nicht gefährden!



DR. ANGELIKA NIEBLER, MdB

Die Europäische Kommission hat erneut einen Anlauf gestartet, welcher das bewährte System der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) in Deutschland massiv gefährden könnte. Am 16. Februar 2012 stellte sie in Brüssel ihr lang erwartetes „Weißbuch zu angemessenen, sicheren und nachhaltigen Pensionen und Renten“ vor. Was zunächst positiv und begrüßenswert klingt, stellt sich bei näherer Betrachtung als ein fragliches Unterfangen heraus. Denn in dem Weißbuch ist ein Gesetzesentwurf angekündigt, der die bessere Absicherung der Renten aus der betrieblichen Altersvorsorge zum Ziel hat. Im Klartext heißt das: Die Europäische Kommission will der betrieblichen Altersvorsorge höhere Eigenkapitalquoten abverlangen, was für die Einrichtungen Mehrkosten in einem zweistelligen Milliardenbereich bedeuten könnte und im Endeffekt das Aus für die bAV bedeuten würde.

ANWENDUNG VON SOLVENCY II AUF DIE BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE

Die Zuständigkeit für Ruhestandssysteme liegt originär und eindeutig bei den ein-

zelnen EU-Mitgliedstaaten. Allerdings hat die EU-Kommission die Möglichkeit, unterstützend einzugreifen, wenn es um das Funktionieren des EU-Binnenmarktes geht. Und genau hier setzt die Kommission an: Die Überprüfung der Richtlinie über die Tätigkeit und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (sog. IORP-Richtlinie) hat das Ziel, einheitliche Rahmenbedingungen durch die Anwendung von Solvency II auf die betriebliche Altersvorsorge herzustellen, die grenzüberschreitende Tätigkeit in diesem Bereich zu fördern sowie das Gesamtangebot an Renten und Pensionen in der EU zu verbessern.

Solvency II regelt die Eigenkapitalausstattung von Versicherungen und hat zum Ziel, den Schutz der Versicherungsnehmer und Begünstigten zu verbessern. Versicherungen sind jedoch nicht mit den Einrichtungen betrieblicher Altersvorsorge (EbAV) zu vergleichen, da Versicherungen am freien Markt agieren und Gewinne erzielen. Die EbAV hingegen sind freiwillige soziale Einrichtungen des Arbeitgebers, die an das Arbeitsverhältnis geknüpft sind und eben nicht auf Gewinne abzielen. Und aufgrund dieser Freiwilligkeit droht mit den neuen Vorschlägen der EU-Kommission das Ende des bewährten Verfahrens, nicht nur in Deutschland: Wenn den Versicherungsträgern zusätzliche finanzielle Belastungen auferlegt werden, wäre es mehr als verständlich, aus dem freiwilligen System auszusteigen - mit fatalen Folgen: Allein in Deutschland haben mehr als sieben Millionen Beschäftigte aktuell und in Zukunft Anspruch auf Betriebsrenten.

Binnenmarktkommissar Michel Barnier versucht, die Gemüter zu beruhigen. Er stellte Anfang März klar, dass niemals gesagt oder vorgeschlagen wurde, dass für Pensionsfonds genau dieselben Vorschriften gelten könnten oder sollten, wie sie mit Solvency II

eingeführt wurden. Es sei ihm bewusst, welche wichtige Rolle Betriebsrenten in den Rentensystemen der Mitgliedstaaten spielen. Fraglich bleibt dann allerdings, warum die Kommission unverändert an ihrem Vorhaben festhält, Solvency II als Ausgangspunkt für die Überarbeitung der Pensionsfondsrichtlinie zu betrachten.

Widerstand gegen die Pläne der EU-Kommission gab es einstimmig sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite. In einer gemeinsamen Presseerklärung äußerten sich Vertreter europäischer Gewerkschafts- und Industrieverbände dahingehend, dass die geplante Übertragung von Solvency II auf die bAV inadäquat und schädlich sei. Bei den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments rennen die Sozialpartner damit fraktionsübergreifend offene Türen ein. In den anderen nationalen Delegationen muss jedoch noch ein wenig mehr an Überzeugungsarbeit geleistet werden. Ähnlich gefährdete Betriebsrentensysteme gibt es sonst nur noch in Österreich, Luxemburg, Finnland und den Niederlanden.

Im Februar 2011 hat sich das Europäische Parlament in einer Entschließung zum Grünbuch der Europäischen Kommission mit dem Titel „Auf dem Weg zu angemessenen, nachhaltigen und sicheren europäischen Rentensystemen“ positioniert. Diese Entschließung wurde mit 535 Ja-Stimmen bei 85 Nein-Stimmen und 57 Enthaltungen angenommen. In dem Bericht finden sich an mehreren Stellen deutliche Forderungen nach der Anwendung von Solvency II auf Betriebsrenten. Ich selber habe aufgrund der beschriebenen Problematik diesem Bericht damals nicht zugestimmt. Immerhin konnte durch Änderungsanträge aus den Reihen der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament durchgesetzt werden, dass sämtliche Vorschläge der EU-Kommission zur Anwendung von Solvency

II auf Betriebsrenten durch Folgenabschätzungen genauestens überprüft werden müssen.

EUROPAWEITE MINDESTSTANDARDS FÜR BETRIEBSRENTEN

Das Vorhaben der Europäischen Kommission, Betriebsrentensysteme europaweit zu vereinheitlichen und gemeinsame Mindeststandards zu schaffen, ist nicht neu, denn insbesondere in den alten Mitgliedstaaten ist die Betriebsrente als Altersvorsorge stark verbreitet. Bereits im Oktober 2005 legte die Kommission einen Richtlinienvorschlag über die Portabilität von Zusatzrentenansprüchen vor, um die Übertragbarkeit von Betriebsrenten in einem zusammenwachsenden Europa zu verbessern. Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus Deutschland, Finnland, Luxemburg und Österreich haben damals unter der Federführung meines CDU-Kollegen Thomas Mann Rat und Kommission dazu aufgefordert, die Richtlinie in eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten umzuwandeln. Die Vertreter der Mitgliedstaaten griffen diese Initiative zwar auf, bei der Abstimmung im Parlament im Sommer 2007 konnte hierfür aber leider keine Mehrheit gefunden werden.

Der Entwurf der Richtlinie sah vor, dass die Unverfallbarkeitsfrist für Betriebsrenten, die in Deutschland aktuell fünf Jahre beträgt, auf maximal zwei Jahre begrenzt wird. Darüber hinaus sollte die Unverfallbarkeitsfrist ab einem Lebensalter von 25 Jahren vollständig abgeschafft werden. Dies hätte jedoch zu einer massiven Verteuerung der bAV geführt und dem eigentlichen Ziel

von Betriebsrenten, nämlich der Mitarbeiterbindung an das Unternehmen, diametral entgegengestanden. Aufgrund der kontroversen Debatte im Europäischen Parlament und im Rat legte die Europäische Kommission im Oktober 2007 einen geänderten Richtlinienvorschlag zum Erwerb und Erhalt von Zusatzrentenansprüchen vor. Sämtliche Vorgaben zur Übertragbarkeit der Betriebsrentenansprüche wurden darin zwar gestrichen, aber auch hier fanden sich erneut Bestimmungen über die Unverfallbarkeitsfristen von Zusatzrentenansprüchen wieder. Eine Einigung über die Richtlinie ist aber auch Dank des Vetos der Bundesregierung im Rat im Februar 2008 gescheitert - seitdem liegt das Vorhaben in Brüssel aufgrund der notwendigen Einstimmigkeit auf Eis.

ANHEBUNG DES RENTENEINTRITTSALTERS

Für rund ein Viertel der EU-Bevölkerung stellen Pensionen und Renten derzeit die wichtigste Einkommensquelle dar. Vor vier Jahren standen jedem EU-Bürger im Alter von 65 Jahren oder älter vier Personen im Erwerbssalter (15-64 Jahre) gegenüber. Bis zum Jahr 2060 wird sich dieses Verhältnis auf eins zu zwei reduziert haben. Renten und Pensionen machen darüber hinaus heutzutage durchschnittlich 10% des BIP aus, wobei die Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist. Vor diesem Hintergrund ist die Initiative der EU-Kommission, auch den Rentnern von morgen ausreichende Renten garantieren zu wollen, grundsätzlich zu begrüßen. Denn ansonsten droht Millionen von Menschen Armut im Alter.

Allerdings werden die Mitgliedstaaten von der Europäischen Kommission aufgefordert, das Renteneintrittsalter entsprechend der höheren Lebenserwartung anzuheben, um das Verhältnis der Arbeits- und Rentenjahre zu stabilisieren. Darüber hinaus sollen Frauen genauso lange arbeiten wie Männer - derzeit gehen in 13 EU-Mitgliedstaaten Frauen früher in Rente. Und auch die Frühverrentung müsse reduziert werden. Dabei scheint die Kommission jedoch völlig außer Acht zu lassen, dass in den vergangenen Monaten bereits 14 Mitgliedstaaten eine Erhöhung des Renteneintrittsalters angekündigt oder sogar bereits durchgeführt haben. Diese neuen Regelungen müssen erst einmal erprobt werden. EU-Sozialkommissar László Andor verweist dabei auf eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage, nach der viele Europäer über das normale Renten- und Pensionsalter hinaus am Arbeitsmarkt bleiben würden, wenn die Rahmenbedingungen stimmten. Daher wäre es ratsam, wenn die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission zunächst an dieser Stelle ansetzen, bevor sie mit einer „One size fits all“-Lösung bewährte Systeme zerstören.

Widerstand im Europäischen Parlament und auch auf Ebene der Mitgliedstaaten ist bei diesem heiß diskutierten Thema bereits jetzt garantiert.



DR. ANGELIKA NIEBLER, MDEP
Parlamentarische Geschäftsführerin der
CSU-Europagruppe und CDU/CSU-Gruppe

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Albert Nadler, Augsburg
- KMP – Markt- und Netzwerorientierte Unternehmensberatung, Katja-Maria Prexl, München
- Dr. Hans Worlicek, Regensburg
- MCP Munich Capital Partners, Barbara Zitzmann, München

IMPRESSUM: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de
V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann **Redaktionsschluss:** 05.04.2012 **Produktion:** WELTBUCH Verlag GmbH www.weltbuch.com

Johann Gg. Zölls

- **Snackautomaten**
- **Fotoautomaten**
- **Getränkeautomaten**
- **Kaffeemaschinen**



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

www.zoells.de

WIRTSCHAFT AUSSER KONTROLLE

Das prägnanteste und schonungsloseste Werk über die globale Wirtschaft im 21. Jahrhundert, was nun auf Deutsch erscheint.



Offizielle Erscheinung am 12. Juni zum Einführungspreis von nur **14,90 €*** Hardcover gebunden, 300 Seiten *gilt bis 30.6.12, danach 17,90 €

Erleben Sie Dr. Paul Craig Roberts am 12. Juni beim Deutschen Wirtschaftstag in Berlin. Dr. Roberts war 1981 Vizefinanzminister und Berater unter Ronald Reagan und wird deshalb als »Father of Reaganomics« bezeichnet. Er ist Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journal und Kolumnist bei Business Week, Scripps Howard News Service und Creators Syndicate gewesen. Dr. Roberts ist Vorsitzender des renommierten »Institute for Political Economy«.



www.weltbuch.com

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

zwei innenpolitische Ereignisse der letzten Wochen verdienen es m.E., auch an dieser Stelle noch einmal kurz thematisiert zu werden. Am 23. März ist Bundespräsident Christian Wulff nach wochenlanger zermürender Medienkritik vorzeitig aus dem Amt ausgeschieden. Gleichzeitig hat die Bundesversammlung Joachim Gauck, zu Zeiten der Wende führendes Mitglied des oppositionellen Neuen Forums in Ostdeutschland und nach der Wiedervereinigung Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, mit überwältigender parteiübergreifender Mehrheit zum 11. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Ins Amt getragen hat ihn wie wenige Bundespräsidenten vor ihm eine Woge der Sympathie.

Gauck wird sicher kein angepasster, stromlinienförmiger Bundespräsident sein, ängst-

lich darauf bedacht, dem „Mainstream“ das Wort zu reden und nirgendwo anzuecken. Er wird vielmehr beharrlich und mit großer Überzeugungskraft Werte vertreten, denen auch wir uns beim Wirtschaftsbeirat verpflichtet fühlen. Schon in seiner Antrittsrede ist dies erfreulich deutlich zum Ausdruck gekommen. Allen voran gilt dies für sein klares Bekenntnis zu Freiheit und Verantwortung, das entgegen mancher Kritik aus dem linken Lager alles andere als von gestern ist. Es gilt nicht weniger für ein Gerechtigkeitsideal, das nicht an den Vorstellungen von einem paternalistischen Fürsorgestaat anknüpft, sondern primär darauf setzt, Chancen zu eröffnen und Teilhabe zu ermöglichen. Gauck appelliert an alle, sich ein klares Ja für Europa zu bewahren. Er wendet sich gegen Ängstlichkeit und plädiert für Selbstvertrauen und Mut zur Zukunft. Allein schon seine eigene Biografie macht ihn zu einem Kämpfer für unsere Demokratie und gegen Extremismus. Ich bin deshalb sicher: Wir haben einen neuen Bundespräsidenten, der willens und fähig ist, in unserem Sinne „geistige Orientierung“ zu geben – auch in kritischen Zeiten.

Mehr Kopfzerbrechen bereiten Veränderungen, die sich in jüngster Zeit in der Parteienlandschaft abzeichnen: Nach ihrem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus hat es die Piratenpartei jetzt auch an der Saar aus dem Stand heraus mit 7,4 Prozent in den Landtag geschafft. Niemand zweifelt daran, dass sich Gleiches bei den kommenden Wahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen wiederholt. Eine bundesweite Forsa-Umfrage sieht die Piraten bereits bei 13 Prozent, d.h. vor den Grünen, der Linken und der FDP. Die Parteienlandschaft

wird damit noch etwas bunter, Regierungsbildungen nicht unbedingt einfacher.

Was treibt einen wachsenden Teil der Bevölkerung in die Arme dieser Partei? Ist es der Charme des Neuen, des provokanten Namens? Sind die Piraten die neue Protestpartei, zu der sich die politisch Unzufriedenen und Frustrierten flüchten? Haben wir es bei den Wählern mehrheitlich mit Internetfreaks zu tun, die in der Piratenpartei den Hebel sehen, völlige Freiheit im Netz, Transparenz durch das Netz und Herstellung von Basisdemokratie mit Hilfe des Netzes durchzusetzen? Oder entfalten andere Punkte des nur ansatzweise erkennbaren Programms Anziehungskraft, das von einer ausgeprägten „Umsonst“-Mentalität gekennzeichnet ist? Blättert der Lack bei den deutschen Piraten ebenso schnell ab wie bei den schwedischen, wenn sie sich im harten Parlamentsalltag bewähren müssen, oder können sie sich wie die Konkurrenz von den Grünen dauerhaft etablieren? Viele offene Fragen. Wir werden sehen.

Offenkundig liegen zwischen unseren Werten und Zielen und den Vorstellungen der Piratenpartei große Teile Welten. Das gilt vor allem für das rücksichtslose „Kapern“ von geistigem Eigentum. Zum Schutz der Künstler muss das Urheberrecht auch im Netz angewandt und durchgesetzt werden. Das gehört essentiell zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir haben den Kommunismus nicht überwunden, damit er im Internet fröhliche Urständ feiert.

Herzlichst

Ihr

Jürgen Hofmann



EXKLUSIVES WOHNEN IM HERZEN DRESDENS



HEINRICH SCHÜTZ Residenz

WOHNQUALITÄT VOM FEINSTEN

Als Mieter der Heinrich Schütz Residenz befinden Sie sich mitten im Geschehen. In bester Wohnlage können Sie sowohl am Stadtleben teilhaben, als auch entspannt die Ruhe über den Dächern des Neumarkts genießen.

- Wohnen im Herzen Dresdens, wo andere ihren Urlaub verbringen
- Gepflegtes, stilvolles Wohnambiente und Service für höchste Ansprüche
- Dachgarten mit spektakulärer Aussicht auf die Frauenkirche
- Kostenlose Nutzung des Spa im historischen Gewölbe
- Abwechslungsreiches Programm in der Heinrich Schütz Residenz
- Christliche Leitsätze, ein vertrauensvoller Umgang und respektvolle Freundlichkeit

Fordern Sie unser aktuelles „Boarding-Prospekt“ an! Gern sende ich Ihnen dies per Post oder als PDF via E-Mail zu. Ihre Ursula Friedsam, Direktorin der Heinrich Schütz Residenz.
Neumarkt 12 • 01067 Dresden • Tel.: 0351 263596-0 • E-Mail: u.friedsam@heinrich-schuetz-residenz.de



Medienstandort Bayern

Private Rundfunkanbieter behaupten sich erfolgreich



SIEGFRIED SCHNEIDER

Ende vergangenen Jahres haben die Landesmedienanstalten die Ergebnisse der Studie „Wirtschaftliche Lage des Rundfunks 2010/2011“ veröffentlicht. Die Untersuchung ist die umfassendste Bestandsaufnahme zur wirtschaftlichen Entwicklung des Rundfunks in Deutschland. Das wichtigste Ergebnis für uns lautet: Die in Bayern beheimateten Hörfunk- und Fernsehsender liegen im bundesweiten Vergleich deutlich vorn. Bevor ich aber im Einzelnen zu den bayerischen Zahlen komme, ein kurzer Überblick über die zentralen Ergebnisse der Untersuchung:

- Nach deutlichen Umsatzeinbrüchen im Krisenjahr 2009 steht der private Rundfunk in Deutschland heute wieder auf einem sicheren Fundament. Die wirtschaftliche Situation hat sich damit schneller stabilisiert als erwartet.
- Die Gesamterträge im privaten Rundfunk 2010 sind um 7,3 % gegenüber dem Vorjahr auf 8,23 Mrd. € gestiegen.
- Vor allem die privaten Fernsehanbieter inkl. Teleshopping konnten 2010 gegenüber 2009 mit einem Zuwachs von 8 % deutlich zulegen auf 7,58 Mrd. €.
- Die deutschen Privatradios, die die Krise bereits im Jahr 2008 getroffen hat, konnten schon 2009 um 2,7 % höhere Umsätze erzielen; 2010 lag das Wachstum gegenüber dem Vorjahr jedoch nur bei 0,5 % bei einem Umsatzniveau von 644 Mio. €.
- Die Beschäftigung stieg bei den privaten Anbietern um insgesamt fast 900 Mitarbeiter trotz der Werbekrise im Jahr 2009. Insgesamt beschäftigten die privaten Rundfunkanbieter Ende 2010 24.700 Personen, davon fast vier Fünftel in Festanstellung.

- Für 2011 rechneten private Radio- und Fernsehanbieter mit Wachstumsraten von 2 bzw. 3 %.

Die insgesamt positiven Ergebnisse für den privaten Rundfunk können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Position der Privaten gegenüber den Öffentlich-Rechtlichen in den letzten 10 Jahren verschlechtert hat. Gegenüber dem Jahr 2000 konnten die Öffentlich-Rechtlichen ihre Erträge um 22 % (2010: 8,68 Mrd. €) steigern, während das Ertragsniveau des privaten Rundfunks in 2010 (6,68 Mrd. € ohne Teleshopping) nach zwei tiefgehenden Werbekrisen im vergangenen Jahrzehnt um 6 % unter dem Jahr 2000 liegt. Hier zeigte sich erneut die deutlich geringere Abhängigkeit des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks von konjunkturellen Schwankungen.

ZUR SITUATION IN BAYERN:

Insgesamt hat sich die private Rundfunkwirtschaft in Bayern ausgesprochen positiv entwickelt. Der Freistaat konnte seine Spitzenposition im Ländervergleich weiter ausbauen:

- Die privaten Fernseh- und Hörfunkanbieter in Bayern erwirtschafteten 2010 Umsätze in Höhe von 4,25 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 52 % an den Gesamterträgen des privaten Rundfunks in Deutschland. Im Fernsehen beträgt der Anteil 54 %, im Hörfunk 22 %.
- Mit 9.518 Mitarbeitern sind zudem 39 % der Mitarbeiter im privaten Rundfunk in Deutschland in bayerischen Rundfunk-Unternehmen beschäftigt.

Die herausragende Position der privaten Rundfunkangebote in Bayern ist insbesondere zurückzuführen auf die bundesweiten Fernsehangebote u.a. der ProSiebenSat.1 Media AG und von Sky.

- Insgesamt haben die privaten Fernsehsender im Freistaat 2010 inklusive Teleshopping 4,112 Mrd. € erwirtschaftet. Das sind mehr als 54 % der Gesamterträge der privaten Fernsehsender in Deutschland. Dabei haben die in Bayern beheimateten privaten TV-Sender 2010 insgesamt 7.816 Mitarbeiter beschäftigt. Dieser Anteil entspricht über 43 % der Beschäftigten des privaten Fernsehens in Deutschland.
- Auch beim privaten Hörfunk ist der Anteil Bayerns beachtlich. In privaten bayerischen

Radiostationen waren 2010 insgesamt 1.702 Mitarbeiter beschäftigt, das entspricht über einem Viertel aller Mitarbeiter bei Privatradios. Die Radios in Bayern haben mit Erträgen in Höhe von 142 Mio. € 22 % der Gesamterträge des privaten Hörfunks erwirtschaftet. Mit diesen Einnahmen haben die privaten Stationen einen Kostendeckungsgrad von 117 % erreicht.

Auch die lokalen/regionalen Hörfunk- und Fernsehstationen in Bayern, die der BLM und dem Medienrat besonders am Herzen liegen, haben im Jahr 2010 kostendeckend gearbeitet. Die wirtschaftliche Lage der Sender ist dabei aber weiterhin stark abhängig von den Rahmenbedingungen.

- Die bayerischen Lokalradios erzielten in 2010 bei Einnahmen von 84,8 Mio. € und Aufwendungen von 77,2 Mio. € einen Kostendeckungsgrad von 110 %. Das ist ein gutes Ergebnis, allerdings ist der Kostendeckungsgrad damit gegenüber 2008 um 11 %-punkte gesunken. Hier wirkt sich die schwierige Wettbewerbssituation zwischen Privatfunk und öffentlich-rechtlichem Rundfunk bei der überregionalen Werbevermarktung zunehmend negativ aus. Die „Werbe-Preispolitik“ der ARD-Werbung und von BR media macht den Privatradios deutlich zu schaffen.
- Das lokale und landesweite Fernsehen erzielte in 2010 bei Einnahmen von 45,5 Mio. € und Aufwendungen von 44,7 Mio. € zwar im Durchschnitt eine Kostendeckung von 102 %. Hier wird aber sehr deutlich, dass die Anbieter ohne die Einnahmen aus der Förderung nach Art. 23 BayMG und die Finanzierungsbeiträge der bundesweiten TV-Anbieter RTL und Sat.1 auch 2010 nicht hätten kostendeckend wirtschaften können.

Die Ergebnisse zeigen eindrucksvoll, dass Bayern der mit Abstand wichtigste Standort für private Rundfunkangebote in Deutschland ist. Ein Drittel aller Hörfunk- und TV-Sender in Deutschland hat seinen Sitz in Bayern. Besonders erfreulich ist, dass Bayern dabei seinen Anteil im Vergleich zu 2008 noch einmal steigern konnte. Für die BLM und für den Medienrat sind die Ergebnisse sowohl eine Bestätigung unserer Arbeit als auch ein Ansporn, sich weiterhin intensiv für die Belange der privaten Rundfunkanbieter einzusetzen.

SIEGFRIED SCHNEIDER

Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM)

Bündnis JA zur 3. Startbahn

Kann unsere bayerische Wirtschaft auch in Zukunft international ganz vorne mitspielen? Wie erreichen wir die Absatzmärkte des 21. Jahrhunderts, um unsere exportorientierte bayerische Wirtschaft weiter auszubauen? Und können bayerische Unternehmen auch weiterhin ein verlässlicher Arbeitgeber mit krisenfesten Arbeitsplätzen sein?

Diese Fragen werden die Münchnerinnen und Münchner am 17. Juni beantworten. Dann geht es in einem Bürgerentscheid um den Bau der geplanten 3. Start- und Landebahn am Flughafen München. Es geht um die Zukunft unserer Stadt und um die Zukunft ganz Bayerns!

Als Wirtschaftsbeirat setzen wir uns für eine wettbewerbsstarke Wirtschaft ein. Wir wollen, dass Münchens Unternehmen auch in Zukunft beste Absatzchancen auf dem Weltmarkt haben. Das wiederum sichert Arbeitsplätze bei uns daheim. Dazu brauchen wir reibungslose Verbindungen in alle Welt.

Gerne haben wir uns dem Bündnis „JA zur 3. Startbahn“ angeschlossen. Mehr als 40 Münchner Unternehmen, Verbände, Parteien und Ehrenamtliche haben es sich zum Ziel gesetzt, die Vorteile des Flughafen-Ausbaus gemeinsam heraus zu stellen. Neben SPD, CSU und FDP gehören namhafte Unternehmen wie Lufthansa, Käfer, Bogner, MTU, Roland Berger, FTI, Bayerischer Hof,

SIXT, Wacker Chemie und viele weitere dazu. Die IHK, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband, der Deutsche Reiseverband und die Handwerkskammer für München und Oberbayern haben ebenso JA gesagt wie die Messe München und der Olympiapark. Diese breite gesellschaftliche Zusammensetzung des Bündnisses und die umfangreiche Presse-Berichterstattung führen dazu, dass die Zahl der Unterstützer täglich größer wird. Ganz neu dabei sind der Flughafenverband ADV und die Kathrein-Werke KG.

Mit verschiedenen Maßnahmen sollen die Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Wochen und Monaten von der Notwendigkeit einer 3. Start- und Landebahn überzeugt werden. Dazu zählen Infostände und Großveranstaltungen. So konnten an einem ersten Infostand-Tag bereits zahlreiche Menschen vor Ort informiert und überzeugt werden. Auch die Online-Kommunikationsformen werden stark genutzt: den Facebook-Auftritt des Bündnisses „mögen“ bislang knapp 1000 Menschen. Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen nutzen diese ansprechende Möglichkeit zum Austauschen von Argumenten und Positionen.

Ebenso ist die Website des Bündnisses eine hochfrequentierte Informationsplattform. Unter www.ja-zur-3.de finden Sie zahlreiche weitere Vorteile einer 3. Start- und

Landebahn. Dort können Sie entweder als Unternehmer bzw. Arbeitgeber oder als Privatperson Unterstützer werden.

Durch den Bau einer neuen Bahn entstehen tausende Arbeitsplätze für die Menschen in München. Geschäftsreisende und Urlauber profitieren durch neue Direktverbindungen, weniger Staus und mehr Flexibilität. Und unsere Stadt bleibt mobil – mit Anbindung an die Märkte der Zukunft in Brasilien, Russland, Indien und China.

Am 17. Juni kommt es auf jede Stimme an! Sagen auch Sie „JA“! Werden Sie Fan der Facebook-Page des Bündnisses unter <https://www.facebook.com/jazur3/> Informieren Sie Ihre Mitarbeiter oder werben Sie in Ihren eigenen Kommunikationskanälen für eine Unterstützung.

Wenden Sie sich jederzeit gern an das Bündnis „JA zur 3. Startbahn“ (info@ja-zur-3.de) und besprechen Kooperations- und Unterstützungsmöglichkeiten.

Gemeinsam können wir die Bürgerinnen und Bürger für ein klares JA am 17. Juni überzeugen. Ein JA zu reibungslosen Verbindungen in alle Welt, ein JA zu Absatzchancen auf den Märkten der Zukunft und ein JA zu sicheren Arbeitsplätzen bei uns daheim.

HANS HAMMER
Vorsitzender des Bezirks München

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

Am 12. März begrüßte Dr. Peter Thelen, Vorsitzender des Medienausschusses, den Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), Siegfried Schneider referierte über neue Herausforderungen für die Medienpolitik und den Medienstandort Bayern (siehe Artikel auf Seite 4).



v.l.n.r.: Dr. Peter Thelen, Siegfried Schneider, Anton Kathrein

Die Reform der Pflegeversicherung beschäftigte am 14. März den Ausschuss Sozialpolitik. Johannes Singhammer, Stellvertretender CDU/CSU Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, und Dr. Jochen Pimpertz, Leiter Kompetenzfeld öffentliche Haushalte und Soziale Sicherung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, sprachen über

die nachhaltige Gestaltung der Pflegeversicherung und die Perspektiven durch eine Pflegereform.



v.l.n.r.: Dr. Jochen Pimpertz, Johannes Singhammer, Dr. Jürgen Hofmann

Staatsminister Thomas Kreuzer, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, war am 28. März zu Gast beim Medienausschuss. Er skizzierte die Gegenwart und Zukunft des Medien-



v.l.n.r.: Staatsminister Thomas Kreuzer, Dr. Peter Thelen

standortes Bayern aus der Sicht der Bayerischen Staatsregierung.

Am Gründonnerstag folgten die Jungen Unternehmer einer Einladung der Sky Deutschland AG. Nach einer interessanten Führung durch den Studiokomplex gab es kurze Vorträge von Steven Tomsic, Vorstand Finanzen, und Stefan Kunz, Vice President Business and Distribution Services. Die anschließende Diskussion drehte sich um die Geschäftsmodelle des PayTV und die Technik der Zukunft.



v.l.n.r.: Dr. Marc Tenbücken, Vorstandsmitglied Junge Unternehmer; Wolfram Winter, Executive Vice President Communications Sky Deutschland; Dr. Jörg Allgäuer, Vice President Corporate Communications

Terminvorschau

26. April, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Stefan Bruckner, Geschäftsführer marcon.marketing consulting, ehem. Marketingdirektor der Olympia Bewerbungsgesellschaft München 2018, „Standortmarketing für Bayern – müssen wir uns im globalen Wettbewerb stärker profilieren?“

26. April, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Ingrid Kaindl, Abteilungsleiterin für Arbeit und berufliche Bildung im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, u.a., „Richtige Entscheidungen in Zeiten des Fachkräftemangels“

27. April, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Staatssekretär Stefan Kapferer, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, „Erneuerbare – quo vadis? Fördern wir das Richtige richtig?“

29. April, Bamberg

Bezirk Bamberg: Hartmut Koschyk, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, „Dauerkrise oder Licht am Ende des Tunnels? Aktuelle Fragen der Finanz- und Währungspolitik“

30. April, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Mitgliederstammtisch

7. Mai, Bayreuth

Bezirk Bayreuth: Dr. Maria Fekter, Bundesfinanzministerin der Republik Österreich, „Die EURO Krise aus der Sicht Österreichs“

8. Mai, München

Junge Unternehmer und Ausschuss für Tourismus: „Informationsbesuch zur aktuellen Entwicklung am Flughafen München“, Vortrag im Pressezentrum mit anschließender Rundfahrt über das Vorfeld unter sachkundiger Führung

8.-9. Mai, Brüssel

Forum Brüssel und Ausschuss Mittelstandspolitik: Dialog mit Vertretern des EU-Parlaments, der Kommission und des Rats zu Fragen der europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik

9. Mai, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik und Ausschuss Mittelstandspolitik: Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Sprecher des Vorstands der PricewaterhouseCoopers AG, „Globalisierung und Mittelstand - zwischen Internationalisierung und (In-)Transparenz in der Rechnungslegung“

11. Mai, Fraueninsel/Chiemsee

Bezirke Berchtesgadener Land und Rosenheim sowie Arbeitskreis Kirchen und BKU: Frauenwörter Gespräche mit Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), „Europas strategische Perspektiven – Probleme und Herausforderungen“

14. Mai, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Ministerpräsident Horst Seehofer, Dr. Franz Fischler, ehemaliger EU-Kommissar, Leiter der Zukunftskommission Agrar; Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes; Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisen Verbandes; Moderation: Klaus Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG; „Zukunftskommission Landwirtschaft – Ergebnisse und Perspektiven“

14. Mai, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Prof. Dr. Christoph Schumann, Professor für Politik und Zeitgeschichte des Nahen Ostens, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg „Revolution oder Bürgerkrieg: Wohin bewegt sich die Arabische Welt?“

22. Mai, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Fedor Khokhordin, Gesandter a.D., Repräsentant des Freistaats Bayern in der Russischen Föderation, „Russland nach den Wahlen – Das System Putin – Chancen für Bayerns Wirtschaft?“

22. Mai, Kempten

Bezirk Kempten/Allgäu gemeinsam mit FH Kempten und Lions-Club: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Kurs halten in herausfordernder Zeit“

22.-23. Mai, Berlin

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“

23. Mai, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Unternehmerstammtisch

14.-15. Juni, Lichtenwalde (bei Chemnitz)

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage „Innovationspolitik für den Mittelstand“

28. Juni, Passau

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke

03. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Vorstand MAN SE

12. Juli, München

Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Dieter Kempf, Vorsitzender des Vorstands der DATEV

13. Juli, Allgäu

Ausschuss für Tourismus: „Fachkräftemangel“

18. Juli, München

Ausschuss für Dienstleistungen: Markus Sackmann, MdB, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Prof. Dr. Thomas Dommermuth, Fakultät Betriebswirtschaft, Hochschule Amberg-Weiden; Dr. Fritz Kempter, Präsident des Verbands Freier Berufe in Bayern e.V.; „Altersvorsorge für Freie Berufe“

24. Juli, Bamberg

Bayerischer Wirtschaftstag

26. Juli, München

Ausschuss Finanzmärkte: Elke König, Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

16. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitische Frühschoppen

15. November, München

Generalversammlung



Expense Reduction Analysts

Expense Reduction Analysts ist spezialisiert auf die Senkung von Beschaffungskosten. In Deutschland betreuen wir mit knapp 100 Experten mehr als 500 mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und gemeinnützige Organisationen. Durchschnittlich erzielen wir Einsparungen von knapp 20 Prozent.

Expense Reduction Analysts Bayern
Paul Aschenbrenner | Senior Partner
Färbergaben 4 | D-80331 München
Tel: 089-238 887 730
paschenbrenner@expensereduction.com
www.expensereduction.com

find extra profit